

# Leipziger Tageblatt

und  
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N<sup>o</sup> 283.

Donnerstag den 10. October.

1867.

## Bekanntmachung.

Zu Vermeidung der Störungen, welche durch das Befahren des Raschmarktes während der Börsenstunden der Productenbörse — Dienstags und Sonnabends von Mittags 12 bis 1 Uhr — hervorgerufen werden, verfügen wir hierdurch, daß während der gedachten Börsenstunden mit alleiniger Ausnahme der nach dem Polizeiamte bestimmten Wagen alles übrige Fuhrwerk, welches Güter oder Personen nach dem Raschmarkte bringt oder daselbst abholt, lediglich entlang des Rathhauses zu fahren hat. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift ziehen unnachsichtliche Strafe nach sich.

Leipzig, am 8. October 1867.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Koch. Schleißner.

## Bekanntmachung.

Die hiesige städtische Reitbahn nebst zugehörigem Wohn- und Stallgebäude soll vom 1. April 1868 an an sechs Jahre an den Meistbietenden vermietet werden.

Wir fordern Miethlustige auf, Sonnabend den 12. October d. J. Vormittags 11 Uhr sich an Rathsstelle einzufinden und ihre Gebote zu eröffnen.

Die Auswahl unter den Bietern, sowie jede sonstige Entschliebung bleibt vorbehalten.

Die Licitations- und Vermietungsbedingungen können schon vor dem Termine an Rathsstelle eingesehen, auch in Abschrift gegen die Copialgebühr bezogen werden.

Leipzig, den 24. Juli 1867.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Koch. Cerutti.

## Bekanntmachung.

Den 15. October ds. Jahres sollen auf dem Werkplatz des Herrn Zimmermeister S. A. Sandwerk, Carolinenstraße Nr. 19, eine Partie alter Budentheile, Bretter, Blech u. s. w. in Haufen unter an Ort und Stelle bekannt zu machenden Bedingungen gegen Baarzahlung versteigert werden. — Leipzig, den 9. October 1867.

Die Meßbuden-Deputation.

## Vom Reichstage des Norddeutschen Bundes.

(Nachtrag zu der Sitzung vom 8. October.)

Zu der Berathung über die Zollvereins-Verträge war folgender Antrag gestellt.

Der Reichstag wolle beschließen:

den Bundeskanzler aufzufordern, dahin zu wirken, daß einem jeden der vier Südstaaten die Möglichkeit gewährt wird, für einzelne Fälle der Gesetzgebung seine Vertreter im Bundesrath und Zollparlament an den Verhandlungen der Beschlüsse des Norddeutschen Bundesrathes und Reichstages Theil nehmen zu lassen und in dieser Weise die Gemeinsamkeit der betreffenden Gesetze für das Gebiet des Norddeutschen Bundes und des zur Theilnahme zugelassenen Südstaates herbeizuführen.

In der allgemeinen Discussion verbreitet sich zunächst der Abg.

Dr. Michaelis in längerer Ausführung über die großen Vortheile der Zollvereins-Verträge schon unter dem Besitze des alten Bundes, zumal für die Entwicklung des Norddeutschen Bundes. Er betont besonders die Zusammenhörigkeit der politischen Alliance-Verträge mit den Zollvereins-Verträgen. Er bezeichnet die Vorlage als eine sehr erfreuliche, weil sie uns der Einigung mit Süddeutschland einen Schritt näher bringe. Möglich sei, daß auch in anderen Angelegenheiten eine gemeinsame Gesetzgebung zur Nothwendigkeit werde und diese werde erreicht durch den Antrag Lasler. Er empfehle die Genehmigung der Verträge.

Abg. v. Carlowitz spricht gegen die Vorlage. Er hätte gewünscht, daß die Erneuerung der Zollverträge zurückgehalten worden wäre, um auf diesem Wege den Eintritt Süddeutschlands in den Norddeutschen Bund zu beschleunigen.

Abg. Braun (Weisbaden): Gegen den Zollverein seien alle die Agitationen in Anwendung gebracht worden wie gegenwärtig gegen den Norddeutschen Bund selbst. Der Zollverein und die Armeen seien die Grundlagen der deutschen Einheit, denn hätte man nicht mit dem Zollverein begonnen, so wäre man nicht zu dem Norddeutschen Bunde gelangt. — Die wichtigste Errungenschaft sei die, daß der Zollverein nunmehr einen Kern habe, der sich ausdehne über das gesammte Gebiet des Norddeutschen Bundes. Darum sei er nicht der Ansicht des Vorredners, daß man mit dem Abschluß der Verträge noch hätte zurückhalten sollen. Dergleichen

Manipulationen hätten wir nicht mehr nöthig im Gefühl unserer Stärke. (Beifall.) Die neuen Verträge seien für das nationale Interesse weit vortheilhafter, als die alten. — Will Württemberg nicht beitreten, nun so bleibt es draußen. (Heiterkeit) Lange wird es doch nicht dauern, so sieht es ein, daß ein Anschluß an Norddeutschland unumgänglich notwendig ist. Das verneinende Votum irgend einer süddeutschen Volksvertretung kann nur die verwerflichsten Folgen für die wirtschaftlichen Interessen des betreffenden Landes herbeiführen. Wir werden wohl beachten, was die süddeutschen Regierungen und Volksvertretungen in der Zeit zwischen unserer heutigen Berathung und der Schlußberatung der Verträge thun und wir können ihnen zurufen: der Worte sind genug gesprochen, laßt uns endlich Thaten sehen. — Ich bin der Ansicht, daß es gar keiner Resolution bedarf. Die Macht der Thatfachen ist stärker als eine Resolution und Thaten wiegen schwerer als Worte. (Beifall.)

Abg. Biegler gegen den Vertrag. Er bemängelt die Bestimmung des §. 4 des Art. 3, wonach der im Umfange des Vereins gewonnene oder zubereitete Tabak einer übereinstimmenden Besteuerung unterworfen werden soll. Nach diesen Worten könnte man später folgern, daß der Reichstag hierdurch das Princip einer Fabricationssteuer anerkannt hätte. Er wünscht von dem Bundes-Commissarius eine Erklärung hierüber. — Präsident Debusch: Ich glaube den Herrn Redner beruhigen zu können. Man ist davon ausgegangen, daß der Tabak ein ungemein besteuertsfähiger Gegenstand ist und nicht so viel leistet, als er leisten kann. Es hat aber über die Besteuerung noch keine Verhandlung stattgefunden, man hielt aber aus diesem Anekenntniß herous eine Vereinbarung für notwendig und darauf beruhen die bemängelten Worte. Ein Gesetz soll vorgelegt werden; was der Reichstag damit machen will, das steht dahin.

Abg. Lasler verteidigt seinen Antrag, der den Zweck hat, einen Weg zu zeigen, um über die Zollverträge hinaus eine staatliche Thätigkeit anzubahnen. Sein Antrag verhalte sich zu dem betr. Satz in der Adresse, wie die Praxis zur Theorie. Es wüßte so viel herangezogen werden, als herangezogen werden könne; kommen sämmtliche Staaten, so sei die Frage der deutschen Einheit gelöst. Die Idee seines Antrags sei, den Süden in einzelnen Fällen heranzuziehen, selbst wenn auch ein völliger Anschluß noch nicht erreicht werde. — Abg. Dr. Hegibi berichtet eine seiner früheren